

Gewerbler wollen gleich lange Spiesse

Thun Arbeitgeber machen sich Sorgen, weil der Staat Unternehmen konkurrenzieren. Wie sie dieses Thema angehen wollen, zeigte ein vom Gewerbeverband Berner KMU organisiertes Podium.

Stefan Kammermann

Toni Lenz, Präsident des Gewerbeverbandes Berner KMU, machte gleich zum Auftakt Werbung. So wie es viele oder fast die meisten Unternehmer tun. Nur, am Podiums Anlass der Berner Arbeitgeber im Frachtraum in Thun tönte der Werbespot so: «Wenn Sie ein gut erhaltenes Occasionsfahrzeug suchen, ist die Post die richtige Adresse.» Und Lenz doppelte nach: «Einen tollen Blumenstrauß finden Sie im Blumenladen der Thuner Tiefbauabteilung.»

Der Präsident des Gewerbeverbandes Berner KMU leitete damit die gut besuchte Podiumsdiskussion zum Thema «Der Staat als Konkurrent: Fair ist anders» ein. Der Thuner Stadtpräsident und Grossrat Raphael Lanz (SVP) nahm den fiktiven Werbespot auch gleich auf: «Es stimmt, einen Blumenladen zu betreiben, ist nicht Kernaufgabe einer Stadt», sagte er. Für eine Stadt sei es aber nicht möglich, «messerscharf abzugrenzen», um private Unternehmen nicht zu konkurrenzieren. Zudem habe

besagter Blumenladen beim Thuner Stadtfriedhof eine langjährige Geschichte. Die Stadt trete diesbezüglich indes nicht mit aggressiver Werbung auf. «Wir verlangen aber von unseren Mitarbeitenden, unternehmerisch zu denken, da entwickeln sich auch Ideen», so Lanz weiter.

Staatskonkurrenz schlägt auf den Magen

Dass Kommunen und staatliche Unternehmen mit Dienstleistungen zu direkten Konkurrenten der privaten Arbeitgeber werden, schlägt den Mitgliedern des Gewerbeverbandes Berner KMU auf den Magen. Nebst der Post als Gemischtwarenhändler trete zum Beispiel die kantonale Gebäudeversicherung auch als Privatversicherer auf, und die BKW kaufe Firmen, die eigentlich nichts mit der Stromproduktion zu tun haben.

«Und wissen Sie, wer der grösste Kinobetreiber in der Schweiz ist?», fragte Moderatorin Nina Zosso in die Runde. Die Antwort gab sie gleich selber: «Es ist die Swisscom.» Diese staatsnahen Unternehmen wür-



«Wir verlangen aber von unseren Mitarbeitenden, unternehmerisch zu denken, da entwickeln sich auch Ideen.»

Raphael Lanz
Stadtpräsident Thun



«Es braucht die Politik, die besser hinschaut und für faire Bedingungen sorgt.»

Jürg Grossen
Unternehmer und Nationalrat

den ihre Monopolstellung und ihre Kapitalkraft zum Nachteil der privaten KMU ausnutzen. «Grundsätzlich ist es ja positiv, wenn Staatsbetriebe unternehmerisch denken», meinte André Lengen, Präsident Thuner KMU und Geschäftsführer einer regionalen Bauunternehmung. Aber sie würden eben auch profitieren, zum Beispiel von Steuererleichterungen und Adressstämphen, die ein privates Unternehmen teuer einkaufen müsse. «Die Spiesse sind nicht gleich lang», betonte er.

«Dem Gemeindewohl verpflichtet»

Ins gleiche Horn stiess Peter Dütschler, Thuner FDP-Grossrat und Inhaber eines Vermessungsbüros: «Staatliche Unternehmen sind vorab dem Gemeindewohl verpflichtet, dort müsste der Regierungsrat besser hinschauen.» Dies sei aber zunehmend schwierig. Ein Beispiel sei die BKW, die über 90 gewerbliche Betriebe, wie unter anderem auch eine Kanalisationsreinigungsfirma, aufgekauft hat. Oft sei es auch für Bürgerinnen und Bürger nicht

mehr ersichtlich, wem solche Tochterfirmen gehören würden.

Für den Frutiger GLP-Nationalrat Jürg Grossen war denn auch klar: «Es braucht die Politik, die besser hinschaut und für faire Bedingungen sorgt.» Zwar seien diesbezüglich einige politische Vorstösse am Laufen. Es sei aber eben auch schwierig. Wenn die BKW Ende Jahr eine stattliche Dividende ausbezahle, sei das Thema für viele nicht so dringend. «Es ist viel Arbeit nötig, um das Bewusstsein für gerechte Regeln zu fördern», meinte Grossen. Er schlug denn auch vor, eine parlamentarische Gruppe ins Leben zu rufen, die sich dem Thema Fairness und gleich lange Spiesse annimmt.

In der kurzen Diskussion kam schliesslich auch die Landwirtschaft zur Sprache. Würden doch mehr und mehr Landwirte selbstständig als Maler, Zimmermann oder Schreiner arbeiten und gleichzeitig vom landwirtschaftlichen Status profitieren. «Wir benötigen klare Spielregeln für solche Unternehmen», hielt Toni Lenz, Präsident des Gewerbeverbandes Berner KMU, fest.

Kopf der Woche

Zeit für andere Menschen



Foto: PD

Helen Zita Schlatter In einer Zeit des rastlosen Hetzens, der stetig zunehmenden Selbstoptimierung ohne Rücksicht auf Verluste gibt es seit einiger Zeit eine kleine Oase im Thuner Bahnhof: das Zuhörbänkli. Dort nehmen sich rund 20 Freiwillige einfach einmal Zeit für ihre Mitmenschen. Letztere können frei von der Leber weg erzählen, was sie bedrückt. Und sie können sich sicher sein, dass das Gegenüber interessiert zuhört. Das Zuhörbänkli hat seinen Ursprung in der Aktion «Thun nimmt Platz». Der Verein «Und – das Generationentandem» ist für die Präsenz auf dem Bänkli zuständig. Das Angebot entspricht einem Bedürfnis: Es wird rege genutzt. Grund genug für Helen Zita Schlatter vom Verein für das Fortbestehen des Zuhörbänkli in der Bahnhofhalle Thun zu kämpfen. Mit Erfolg. Jüngst haben die SBB entschieden, das Bänkli über die zweimonatige Versuchsphase hinaus stehen zu lassen. Für ihre Hartnäckigkeit, aber auch für ihr Interesse an den Mitmenschen künden wir Helen Zita Schlatter zum «Kopf der Woche».

Roger Probst

Kanton pfeift Gemeinde zurück

Ringgenberg Die kurzzeitige Vermietung einer Erstwohnung macht diese nicht automatisch zur Zweitwohnung.

Zwei Grundeigentümer in Ringgenberg dürfen ihre 2-Zimmer-Wohnung im Erdgeschoss und die im Obergeschoss liegende 3-Zimmer-Wohnung weiterhin über die Buchungsplattform Airbnb vermieten. Dies schreibt die bernische Bau- und Verkehrsdirektion (BVD) in einem diese Woche veröffentlichten Entscheid. Darin heisst die BVD eine Beschwerde der Grundeigentümer gegen die Gemeinde Ringgenberg gut.

Doch der Reihe nach: Zur Überprüfung sämtlicher zulässigen Wohnnutzungen im Hinblick auf die Beschränkung von Zweitwohnungen erliess die Gemeinde im März 2019 fürs ganze Gemeindegebiet eine Planungszone «Zweitwohnungen». Die Gemeinde habe anschliessend festgestellt, dass die beiden Grundeigentümer ihre beiden Erstwohnungen neu als Ferienwohnungen über die Buchungsplattform Airbnb vermieten würden. Dies stelle gemäss Planungszone eine «baubewilligungspflichtige Umnutzung» dar, und die Gemeinde verfügte, dass die Eigentümer per Ende Oktober 2019 die Nutzung und Bewirtschaftung der Wohnungen als Zweitwohnungen einzustellen haben. Zudem sei das Verbot der Benützung als Zweitwohnung im Grundbuch einzutragen.

Vermietung während Ferien

Die Grundeigentümer legten gegen diese Verfügung bei der BVD Beschwerde ein. Unter anderem argumentierten sie, «dass die Wohnungen nur bei Ferienabwesenheit wenige Wochen pro Jahr vermietet werden». Die Gemeinde habe ihnen zu Unrecht eine Zweitwohnungsnutzung vorgeworfen.

Diese Haltung wurde von der BVD dahingehend gestützt, dass



In Ringgenberg – Blick auf die Hauptstrasse im Dorfzentrum – dürfen Erstwohnungen auch künftig kurzzeitig vermietet werden. Foto: Bruno Petroni

«eine Erstwohnung im Sinne des Zweitwohnungsgesetzes eine Wohnung ist, die von mindestens einer Person genutzt wird, die in der Gemeinde, in der die Wohnung liegt, niedergelassen ist». Die bloss temporäre Vermietung der Wohnungen während einzelner Wochen in der Ferienzeit ändere nichts am Niederlassungs-ort der Grundeigentümer in der Gemeinde Ringgenberg. Die erlassene Planungszone richte sich explizit nur gegen Zweitwohnungen. Die temporäre Vermietung von Wohnungen, welche nach wie vor als Erstwohnungen

gelten, falle damit nicht in den Anwendungsbereich der Planungszone.

Die BVD heisst die Beschwerde der Grundeigentümer gut und hebt die Verfügung der Gemeinde Ringgenberg auf. Letztere hat zudem den Beschwerdeführenden die Parteikosten von 4437.25 Franken zu ersetzen.

Laut Ringgenbergs Gemeindepräsident Samuel Zurbuchen verzichtet die Gemeinde auf den Weiterzug an das Verwaltungsgericht.

Hans Urfer

ANZEIGE



Daniela Huber Natter
Stadträtin, BDP

Ich sage **JA** zur Zonenplanänderung **HOFFMATTE** weil...
“... wir ohne neues Alters- und Pflegeheim die dringend benötigten, zusätzlichen Pflegebetten in Thun verlieren.”
Sagen auch Sie am 9. Februar zu Thuns Zukunft **JA**